

Bezugspreis:

vierteljährlich
für Bad Ems 3 M.
Bei den Postanstalten
(einschl. Postgebühren)
3 M. 27 Pf.

Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.

Druck und Verlag
von H. Chr. Sommer,
Bad Ems.

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 10

Bad Ems, Montag den 13. Januar 1919.

71. Jahrgang.

Die Straßenkämpfe in Berlin.

Berlin, 10. Jan. In der Mojseschen Verlagsanstalt befinden sich 300 Spartakisten, die zum Kampfe bis zum Äußersten entschlossen sind. Man nahm auf Befehl des Herrn Mosse davon Abstand, das Gebäude mit Artillerie zu beschießen. Neben den Regierungstruppen waren zwei Kompanien Berliner Soldatenwehr, sowie eine Kompanie des freiwilligen Offizierregiments aufmarschiert. Die Verteidiger waren mit schweren und leichten Maschinengewehren und Flammenwerfern ausgerüstet. Um 2 Uhr mittags war ein Panzerautomobil eingetroffen, um festzustellen, ob das Gebäude bereits kummt sei. Nach 2 Uhr mittags machte die Offizierskompanie mit der freiwilligen Sicherheitswehr einen Versuch. Sie kletterten auf die Dächer der Häuser in der Schützenstraße, schlangen sich von Dach zu Dach und erreichten so die Jerusalemstraße. Von dort aus führten sie Maschinengewehre auf und beschossen die Gebäude von Mosse und vom WTB. Die Verteidiger wurden von außen her vollständig abgepfiffen. Die Regierungstruppen besetzten die Jerusalemstraße. Die Regierungstruppen brachten im Glockenturm zwei Maschinengewehre zur Aufstellung, mit denen sie die umliegenden Gebäude, die auch von Spartakisten besetzt waren, unter Feuer hielten. Um 5 Uhr erschien vor dem Hauptportal des Verlags Mosse ein Mann mit einer weißen Fahne. Daraufhin wurde von den Regierungstruppen das Feuer eingestellt. Der Unterhändler bat um 15minütige Feuerpause, sowie um Verletzung von Sanitätswagen, um die Verwundenen und Toten fortzuführen. Diese Bitte wurde gewährt. Panzerautomobile und Sanitätswagen hielten in den Straßen, um die Toten und Verwundenen fortzuschaffen. Gegenüber von Mosse sind die Regierungstruppen in die Gebäude eingedrungen und besetzen sie. Sturmtruppen mit Handgranaten bewaffnet, stehen in Erwartung des Angriffs bereit. Der Zentralbahnhof am Zoologischen Garten ist von Spartakisten besetzt. Es kam zu einem Kampf von erheblichem Umfang.

Berlin, 10. Jan. Aus Kiel meldet „Die Freiheit“, daß eine Truppe von 1000 Mann Marinejoldaten, fast durchweg Kapitulanten, gestern nach Berlin abgefahren ist, um auf Seiten der Regierungstruppen Verwendung zu finden. Mosse hat ihnen versichert, daß die Rangabzeichen ihnen nicht abgenommen würden. Auch aus Kopenhagen kommende Truppen sind in den Dienst der Regierungstruppen gestellt worden.

Frankfurt, 10. Jan. Die Frankfurter Nachrichten melden aus Berlin: Die furchtbaren Straßenkämpfe in Berlin haben in letzter Nacht einen nicht mehr zu überbietenden Höhepunkt erreicht. Der Schließliche Bahnhof ist nach stundenlangem Kampf mit Maschinengewehrfeuer und Geschützen zurückerobert worden. Mehrere hundert tote Spartakisten fast alle mit Bauchschüssen, liegen im Bahnhofsgelände. Die Straße unter den Linden ist im Besitz der Regierungstruppen. Es wurden mehrfach Steilschüsse aufgestellt, mutmaßlich, um über das Schloss hinweg das Polizeipräsidium zu beschützen. Stundenlange Kämpfe hat es in der Zeitungsdruckerei, in der Jerusalemstraße gegeben. Hier hat es gestern Abend 80 Tote und zahlreiche Verwundete gegeben. Die Döberitzer Heerstraße ist von Regierungstruppen besetzt.

Berlin, 10. Jan. Die allgemeine Lage hat sich innerhalb 24 Stunden für die Regierung weiter günstig entwickelt. Zwar ist das Verlagshaus Mosse noch immer im Besitz der Spartakisten, es soll heute mit Handgranaten angegriffen werden, um die Übergabe zu zwingen. Im allgemeinen sind die Spartakisten überall in die Defensive gedrängt worden, und die Regierungstruppen gehen mit immer stärkeren Waffen zum Angriff vor. Das entscheidende Merkmal des Tages liegt nicht sowohl auf militärischem als auch auf politischem Gebiet. Es bricht sich plötzlich eine Bewegung in der Arbeitererschaft zugunsten der Regierung Bahn.

Berlin, 10. Jan. Die mit der Regierung Fühlung haltenden Politisch-Parlamentarischen Nachrichten bemerken zu dem Vermittlungsschritt: „Es scheint nur ein Vorwand gewesen zu sein, um den Angriff der Regierungstruppen auf den Vorwärts hinauszuschieben. Die Vermittler selbst dürften gutgläubige Leute sein, die für ihre Person die Einigung und das Beste der Arbeitererschaft wollten. Hinter ihnen aber stünden Wahnsinnige, die, zum äußersten Widerstand entschlossen, jede List und jede Tücke für erlaubt hielten und auch hinter einem blutrünstigen Aufruf standen, der heute gegen die Regierung verbreitet worden ist.“ Neben die Taktik der Unabhängigen schreibt daselbe Organ, die Unabhängigen wollten offenbar Herrn Eichhorn als Tauschobjekt verwenden und dafür den Rücktritt von Ebert, Scheidemann, Landsberg und Mosse einkaufeln. Es

sei selbstverständlich, daß niemand auf ein solch lächerliches Angebot eingehen. Jetzt lehnt die Regierung jede Verhandlung ab.

Sieg der Regierung über Spartakus.

Berlin, 11. Jan. Die Stunde der Entscheidung ist endlich da. Ungeheure Artillerieschlägen, Maschinengewehrkompanien und Infanterie der Berliner Garnison mit Freiwilligen in Zivil untermischt wälzten sich dem Stadtzentrum zu. Ihre jungen Offiziere voran, zogen die Truppen in musterhafter Ordnung dahin, die alten Feld- und Soldatenlieder singend, von dem die Straßen füllenden Publikum mit Blumen, Zigarettenspitzen und Hochrufen überschüttet. „Das ist der Sieg der Ordnung“ ist mit einem Schall allen beifall, und in allen Gesichtern strahlt das Glück. Denn nun wissen tiefe Zehntausende es wieder, was sie fast vergessen hatten: was das Gute im alten Deutschland war, lebt noch, d. h. wird leben. Berlin ist daran, die russischen Söldner zu vernichten.

Der Vorwärts ist von den Regierungstruppen gestürmt worden. Von den etwa 800 Mann starken spartakistischen Besatzung sind 100 im Handgranatenkampf getötet, die andern abgeführt worden. Von den Dächern schießen noch ab und zu fliehende Spartakisten rachebrennend auf das unschuldige Publikum. Der Kampf ist vor dem Verlagshaus Mosse wieder entbrannt. Der Kampf um den Anhalter Bahnhof hat immer schärfere Formen angenommen. Noch heute früh wurden auf der Straße Flugblätter der Spartakisten verteilt, in der jede Einigung abgelehnt wurde, Entwaffnung der Bürgerlichen und der anderen freiwilligen Formationen, die Übergabe des Sicherheitsdienstes an die rote Garde der Spartakisten und die verlässliche Unterdrückung der bürgerlichen Presse. WTB. Spandau, 11. Jan. Die Stadt ist von Regierungstruppen völlig umstellt.

Liebknecht drückt sich.

F. Berlin, 11. Januar. Liebknecht hat seine Familie in die Schweiz geschickt. Auf der Straße ist von ihm nichts mehr zu sehen.

Spartakus im Reich.

WTB Regensburg, 11. Januar. Hier kam es gestern nachmittag zu schweren Ausschreitungen, in deren Verlauf Geschäfts- und Warenhäuser geplündert und ausgeraubt wurden. Das Ständerecht wurde über die Stadt verhängt.

WTB Düsseldorf, 11. Januar. Der Eisenbahnverkehr ist heute vormittag noch nicht wieder aufgenommen.

Düsseldorf, 11. Jan. Infolge der gestrigen Ausschreitungen der Spartakusleute sind 12 Tote und eine große Anzahl Verwundeter zu beklagen. Heute haben die Eisenbahnbeamten beschlossen, in den Ausstand zu treten, da sie unter Aufsicht von Spartakusleuten und Maschinengewehren nicht arbeiten wollen. Alle öffentlichen Gebäude sind von Spartakus besetzt. Heute ist Düsseldorf ohne Wasser, weil die Spartakisten auch das Wasserwerk besetzt haben. Man erwartet im Laufe des Tages weitere Unruhen. Die Spartakisten sprengen eine Demonstrationssammlung der Bürgerlichen nach der andern. Im Bürgerium herrscht infolge der politischen Zersplitterung immer noch keine Einigkeit.

WTB Brüssel, 10. Jan. Neuer. Amtlich. Anlässlich der Unruhen in Düsseldorf haben sich die deutschen Beamten unter belgischem Schutz gestellt. Der Polizeipräsident und der Oberbürgermeister von Düsseldorf haben die belgische Behörde ersucht, einzugreifen. Die belgischen Behörden verfolgen die Ereignisse mit Aufmerksamkeit.

Der Streik im Ruhrgebiet.

Elterfeld, 10. Jan. In einer heute abgehaltenen Versammlung der Spartakusleute wurde beschlossen, über das ganze Ruhrkohlengebiet den Generalstreik zu erklären.

WTB Essen, 10. Jan. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind bei der heutigen Morgenschicht die Belegschaften von 26 Schachtanlagen größtenteils nicht eingezogen. Die Zahl der freiwillig und unfreiwillig feiernden Bergarbeiter wird sich auf 19- bis 20000 belaufen.

WTB Essen, 11. Januar. Im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier sind bei der gestrigen Mittags- und Nachtschicht sowie bei der heutigen Morgenschicht etwa 36000 Bergarbeiter ausständig.

Wo soll die Nationalversammlung tagen?

Von W. Fecht, Frankfurt a. M.

Als die Massen am 9. November vor das Reichstagsgebäude zogen und Scheidemann heraustrat und den Revolutionsauftrag übernahm, als dann am Tage darauf die Regierung Ebert-Haase sich bildete, erhob sich als erste und wichtigste Forderung der Ruf nach der National-

versammlung. Die Regierung nahm ihn auf und ist in ihrem Willen, die Nationalversammlung einzuberufen und so allen Schichten des deutschen Volkes das wohl begründete Recht auf Mitbestimmung bei dem Aufbau des Volkstaates nicht zu schmälern konsequent geblieben. Herr Liebknecht und sein Anhang waren damit allerdings nicht einverstanden. In ihrem Streben, die Diktatur einer Minderheit aufzurichten, fanden sie auch im Lager der unabhängigen Sozialisten zahlreiche Freunde. Unter den Gründen, die nach ihrer Ansicht es angezeigt erscheinen lassen, den Termin des Zusammentritts der Nationalversammlung möglichst weit hinauszuschieben, spielte der von ihnen besonders betonte, daß die Massen des Volkes vor der Wahl erst einer längeren „Aufklärung“ bedürften, die Sanitrolle. Tatsächlich gelang es, durch den Einfluß der unabhängigen Vertreter in der Regierung den Wahltermin auf den 16. Februar festzusetzen. Den entscheidenden Protesten einer erdrückenden Mehrheit im deutschen Volke, die einen früheren Termin verlangten, ist es zu verdanken, daß der 19. Januar von dem Reichskongress der A- und S.-Karte als Wahltag bestimmt wurde.

Leider ist dort keine Bestimmung über den Tagungs-ort getroffen worden. Eine Reihe von Städten bewirbt sich heute darum, die Nationalversammlung in ihren Mauern aufzunehmen: Frankfurt a. M., Kassel, Weimar, Erfurt und Nürnberg werden genannt, eine Entscheidung ist aber selbst heute, kurz vor den Wahlen, noch nicht gefallen. Es scheint fast, als denke man in Regierungskreisen daran, Berlin als Tagungsort zu wählen. Sollte eine solche Absicht wirklich bestehen, so kann nicht entschieden genug dagegen Einspruch erhoben werden. Alle vernünftigen Deutschen lehnen Berlin als Tagungsort einmütig ab. Die Vorgänge der letzten Wochen haben gezeigt, daß die Nationalversammlung dort nicht ausreichend vor dem Terror der Straße geschützt werden kann. Die neue Regierung hat zwar in ihrer ersten Rundgebung betont, daß sie entschlossen sei, gegen die spartakistischen Unterteile mit allen Machtmitteln einzuschreiten und die Entwaffnung der Rädelskappen durchzuführen. Ob es ihr aber möglich sein wird, in der verhältnismäßig kurzen Zeit, die bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung noch zur Verfügung steht, die Lage in Berlin derart zu konsolidieren, daß der Konstante ein unbeeinträchtigtes, ruhiges Arbeiten ermöglicht würde, erscheint zum mindesten zweifelhaft. Gerade das aber ist die erste Voraussetzung dafür, daß der Wille des Volkes durch die gewählten Vertreter in der Nationalversammlung auch voll zur Geltung gebracht werden kann, oder soll auch sie das Schauspiel expressiver Aufritte und Demonstrationen bieten? Das Beispiel des Reichskongresses der A- und S.-Karte sollte uns warnen, umso mehr, als die Aufgaben der Nationalversammlung ungleich wichtiger sind.

Wir fordern daher mit aller Entschiedenheit: Die Nationalversammlung muß in einer Stadt tagen, in der ihr durch unbedingte Sicherheit ein gedeihliches Arbeiten möglich ist. Da das für Berlin nicht zutrifft, lehnen wir Berlin als Tagungsort entschieden ab.

Stettin-Nachrichten.

Bereinigtes Königreich der Jugoslawen.

Paris, 10. Jan. Serbien, Montenegro, Bosnien, Herzegowina, Dalmatien, Kroatien und Slowenien haben sich zu einem einzigen Königreich der Jugoslawen vereinigt. Die neue Regierung ist in Belgrad.

Transylvanien mit Rumänien vereinigt.

Bukarest, 10. Jan. Das Bukarester Regierungsorgan veröffentlicht ein Dekret, wonach die transylvanischen Landesteile wieder mit Rumänien vereinigt werden.

Das Vordringen der Polen.

WTB. Posen, 10. Jan. Nach einer Bekanntmachung erklärt der Oberste polnische Volksrat, daß durch die Macht der Ereignisse der letzten Tage die polnische wie auch die militärische Gewalt auf die Polen übergegangen sei. Rationell Lebensmittelvorräte, soweit sie Staats-eigentum sind, gehen in die Hände und Kontrolle des Obersten polnischen Volksrates über. Ueber die Einführung der polnischen Sprache in den Schulen, die Hebernahme der öffentlichen Behörden und die Regelung der Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln sind besondere Anordnungen ergangen.

Keine Kohlen mehr!

Dresden, 10. Jan. Wie die A. Z. erfährt, müssen innerhalb acht Tagen alle Eisenbahnübergänge mit Sachfen eingestellt werden aus Mangel an Kohlen. Die Heizung der Theater, der öffentlichen Anstalten ist von der Regierung bereits heute verboten worden. Der Straßenbahnverkehr ist aus dem gleichen Grunde seit einigen Tagen eingestellt.

Wahlveranstaltungen.

Der gestrige Sonntag fand im Zeichen der Wahlbewegung für die Nationalversammlung, und erfreulicherweise können wir feststellen, daß das Interesse in allen Schichten der Bevölkerung sehr reger ist. Auch die Frauen waren in großer Zahl den Einladungen gefolgt, so daß sowohl die evangelische Pfarrkirche, wie auch später der Metropolsaal bis auf den letzten Platz besetzt waren.

In der evangelischen Kirche

Begleitete Generaldirektor Rüder die zahlreiche Erschienenen, wie darauf hin, daß zwar die Kirche kein Ort für Wahlveranstaltungen sei, daß jedoch die außerordentlichen Umstände die Benutzung dieses Raumes rechtfertigten. Denn nächst der Religion sei das Vaterland das Heiligste, was wir haben, und aus diesem Gedanken heraus habe der Kirchenvorstand dieses Gotteshaus zur Verfügung gestellt, in dem wir nun zusammengekommen seien, um über die Not des Vaterlandes etwas zu hören. Die kommende Nationalversammlung solle eine Verfassung geben, eine freie Verfassung, kraft der alle Stände des Volkes zur freien Entwicklung kommen sollten, die uns aber auch Ordnung bringen müsse.

Pfarrer Kopschmann ergriff hierauf das Wort: Liebe Volksgenossen, deutsche Männer und Frauen! Es ist nicht gut, daß wir politisch werden, denn politisch wird ein häßlich Vieh. Aber die Not der Zeit, die Schwierigkeiten der Verhältnisse, wegen deren keine anderen Männer herkommen konnten, zwingen dazu, daß ich das Wort nehmen muß. Wohl soll ein Pfarrer über den Parteien stehen, er soll für alle da sein. Aber jetzt muß jeder reden, der glaubt etwas sagen zu können. Denn Schweigen hieße für ihn ein Verbrechen am Vaterlande begehen, da es sich um dessen Sein oder Nichtsein handelt. Auch kommen jetzt nicht Parteien in Betracht, sondern es geht darum, ob wir leben oder sterben. — Redner ging dann ein auf die schwierigen Verhältnisse Deutschlands, auf die Rohmaterial- und Lebensmittelschwierigkeiten, auf die Blockade und die Störung des Verkehrs usw. Im Osten seien die Polen eingebrochen in das deutsche Gebiet, und wir müßten ohnmächtig zusehen, da unser Heer beinahe aufgelöst sei. Auf die Verhältnisse im Innern eingehend, ließ Pfarrer Kopschmann der Arbeiterpartei, die sich während des Krieges als durchaus vaterländisch erwiesen habe, Gewertschaft widerfahren und erkannte das Recht ihrer Angehörigen an, zu allen, ihren Fähigkeiten entsprechenden Posten zu gelangen. Darin hätten wir längst ungeliebt. Dann sei die Revolution gekommen, die im Gegensatz zu manch anderem Umsturz in der Geschichte unblutig und geordnet verlaufen sei, ein gutes Zeichen für die alte Ordnung. Dann aber kamen die Unordnungen, die Not und Schrecken der Not. Woher kamen denn diese Dinge? Gewiß nicht von den Deutschen, die rechts von der Sozialdemokratie standen; denn diese hatten sich in den Dienst der neuen Regierung gestellt, getreu dem Grundsatz: „Das Vaterland über die Partei!“ Nein, die Revolution wurde bekämpft von einer Richtung, deren Forderungen weit über das hinausgingen, was die Sozialisten wollten. Es waren die Forderungen des Bolschewismus, der sich die irreführende Bezeichnung „Spartakus“ beigelegt hatte, um dadurch zu wirken. Denn unsere gut organisierte und geistlich voll auf geschulte Arbeiterkraft ist doch nicht zu vergleichen mit jenen rechtlosen Geschießen des alten Rom. Aber auf Zehntausende wirkte dieser Bolschewismus, dessen Ergebnis wir jetzt in den Berliner Ereignissen gesehen haben. Wenn so etwas möglich ist, was ist denn dann noch unmöglich. Wo soll das hinausführen? Wir haben gesehen, wie grauenvoll es in Rußland aussieht, das jetzt durch diese Gräueltaten ein sterbendes Land ist. So wird es auch bei uns werden, wenn die rote Flut nicht eingedämmt wird. Was sollen wir nun tun? Ebert und Scheidemann sind gewiß Ehrenmänner vom Scheitel bis zur Sohle, Leute, die hohen Gedankenflug haben und der Menschheit Gutes wollen. Aber der deutsche Sozialist ist zu unpraktisch, zu optimistisch und vertrauensvoll, anders wie der französische oder englische, der sich immer mit Soli als Franzose oder Engländer bekennt, Frieden, Freiheit und Brot hat er uns versprochen. Aber was haben wir bekommen? Welche „Freiheit“ wir haben, sehen Sie, wenn Sie nach Berlin schauen, wo jammervolle Zustände in der Presse und im gesamten wirtschaftlichen Leben herrschen. Wo ist Brot? Wenn und die Millionen keine geben, so müssen wir warten, denn wer verzehrt es gerecht? Wer sorgt dafür, daß es nicht gestohlen wird? Wo ist Frieden? Können wir uns wundern, wenn die Entente bei solchen Zuständen keinen Frieden mit uns schließen kann? Mit wem soll sie ihn schließen, der doch auch verantwortlich für seine Durchführung sein muß? — Wie wollen wir nun wählen? Ich will keine Partei empfehlen, — oder doch: eine bürgerliche Partei! Denn die Sozialdemokratie hat den Beweis erbracht, daß sie nicht regieren kann; Ebert und Scheidemann reden und patieren so viel, daß man nicht weißte, woran man war. Wer bürgt uns dafür, daß, wenn sie am Ruder bleiben, sie nicht wieder weiter und weiter nachgeben, wenn die von links ziehen? Gewiß, manches was sie wollen, ist so übel nicht; aber das darf uns nicht täuschen. Bei den Forderungen, die da in letzter Zeit aufgetaucht sind, wird unser Handel niemals wieder konkurrenzfähig sein. Ja, wenn das mit der Vermögensvergrößerung so weiter geht, werden wir noch eine viel größere Not erleben wie der Krieg sie gebracht hätte. Wir würden wieder ein ganzlich armes Land werden, ärmer als vor 1870. Dazu kommt, daß viele bei der hohen Erwerbslosenunterstützung überhaupt nicht arbeiten wollen, trotzdem es auf dem Lande so notwendig wäre. Wir müssen also eine starke Regierung haben. Deshalb darf bei der Wahl niemand zu Hause bleiben, gilt es doch, daß wir ein neues Haus bauen, für unsere Kinder und Enkel!

Lehrer Wallas wies hierauf hin auf das Frauenstimmrecht, erläuterte die Wahlordnung und gab die Parole: nicht rot, sondern bürgerlich! — Danach sprach Generaldirektor Rüder das Schlusswort, gab bekannt, daß allen Wählern noch das nötige Material zugehen werde, und forderte zur Wahl auf, damit wir eine feste Regierung bekämen, die auch regieren könnte.

Die Zentrumsversammlung

Im Saale des Hotels Metropole, zu der sich auch viele Besucher der vorhergehenden Zusammenkunft in der Kirche sowie Angehörige anderer bürgerlicher Parteien eingefunden hatten, wurde eröffnet von Sanitätsrat Dr. Stemmler mit einem Hinweis auf das zahlreiche Erscheinen der Damen, was der Einberufer als günstiges Omen für den glücklichen

Ausgang der Wahl bezeichnete. Nachdem Redner noch erklärt hatte, daß das Zentrum keine konfessionelle, sondern eine rein politische Partei sei, der erst kürzlich der evangelische Pfarrer Dr. Schwarzlose-Frankfurt a. M. sowie Abhänger Dr. Bayer beigetreten seien, erteilte er nach näherer Erläuterung des neuen Wahlverfahrens dem Vorstehenden Pfarrer Kunt das Wort.

Pfarrer Kunt entbot allen Anwesenden herzlich willkommen mit der Ergänzung ganz besonderer Grüße an die Veteranen der Zentrumsparade aus großer Zeit, die einige Jahrzehnte hinter uns liege, die sich aber ähnlichen Verhältnissen gegenüber gesehen habe wie heute, in der sich die Partei wieder verteidigen müsse, um ihren Bestand zu sichern. Unter der Führung eines Volkshelden: Windthorst und Dr. Lieber habe das Zentrum außerordentliches geleistet und den Befähigungsnachweis erbracht, daß es auch den größten Stürmen gewachsen sei, wenn es sich um die großen Kulturfragen handle. Unsere Jugend solle sich daran ein Beispiel nehmen und den Kampf wieder mutig aufnehmen. Dann aber, und wenn zugleich die bürgerlichen Parteien zusammenständen, würden wir Herr der Situation werden zum Heile des Vaterlandes und der Religion. Gerade bei den Frauen erhoffte er eine besondere Unterstützung; denn es handle sich um einen Aufstand gegen die Religion, wogegen die Sozialdemokratie von Schleier gelüftet habe. Niemand aber sei an dem Bestande der christlichen Familie mehr interessiert wie die Frau. Gabe doch Windthorst schon gesagt: wenn man auch die geistliche Schulaufsicht bezieht, eine werde bleiben, das sei die Schulaufsicht der christlichen Mutter. Keine Gewalt sei imstande, dieses Band zu zerreißen. Religion und Vaterland, Freiheit und Friede, Arbeit und Brot, das seien die wichtigsten Güter, die das Volk zur Verfügung habe, und diese hätten wir zu verteidigen, weshalb alle bürgerlichen Parteien zusammenstehen müßten.

Sanitätsrat Dr. Stemmler ging kurz ein auf die Ereignisse der letzten schicksalhaften Wochen und betonte, daß nun, wo der alte Obrigkeitsstaat gefallen sei, die Zukunft dem Volke gehöre. Damit wolle die Verantwortung des einzelnen. Die schwere Not des Vaterlandes ausnützend, hatte sich der Umsturz des Kaiserreiches der Deutschen Reiches bemächtigt. Der Kampf des Glaubens ist außer Kurs gesetzt. Die Reigen sind überheißt, und es geht es mit rasender Fahrt in den Abgrund. Die letzten wüstenhaften Szenen in Berlin werden zum stärksten Schandmal werden für diejenigen, die für einige hundert Rabel Deutschland verschandelt haben. Mächtig erschallt daher der Ruf: Alle Mann an Deck! Alle deutschen Männer und Frauen müssen helfen und das irreende Schiff zurückerufen in den sicheren Hafen. Hemmt den rasenden Lauf! Die Lösung ist: alles für das Vaterland! Das Maß des Sozialismus ist voll, sein Schrecken ist unerschütterlich in einer Zeit, die nach Taten schreit, welche nicht Taten verlangen, womit der Berliner Aufruhr gestärkt werden muß. Die sozialdemokratische Partei ist arm an Männern, fort deshalb mit einem System, das in zwei Monaten seiner Regierung nur Ruinen und Trümmer geschaffen hat! Wieder stehen wir wie vor 100 Jahren in den Tagen erschütternden Umsturzes. Die Liebe zum König ist aus unserem Wortbuch gestrichen. Nur die Liebe zum Vaterlande ist geblieben; aber auch darauf scheint man in Berlin nicht mehr viel Gewicht zu legen. Wallende Schwinden lagern über dem Fegentessel der deutschen Revolution, in dem es walt und brodel, in dem Wünsche, daß sich bald ein König des neuen Deutschland daraus erheben möge. Die Phase des Kulturkampfes hat sich vom Vorpostenkampf zur offenen Schlacht entwickelt: Trennung von Kirche und Staat, Ausmerzung jeglicher Religion aus dem Staatsleben, das sind die Hauptpunkte der in Berlin regierenden Männer. Da erinnern wir uns jenes Mannes, der vor 100 Jahren als einer der Besten aus dem Nassauer Lande dem preussischen Staate erstand, des Freiherrn vom Stein, genannt des Deutschen Reiches Stifter, der sagte, daß, damit alle Staatseinrichtungen ihren Zweck erreichen, der religiöse Sinn im Volke neu belebt werden müsse. Dieser schlichte Wort ist von grundlegender Bedeutung für unser Vaterland geworden. Denselben Gedanken finden wir wieder bei dem Eiserernen Kanzler: Ich habe meine Standhaftigkeit aus meinem christlichen Glauben; nehmen Sie mir meinen Glauben, so nehmen Sie mir mein Vaterland. Wir sind deshalb der Ansicht, daß zu einer richtigen Jugendberziehung unbedingt der Einfluß der Religion gehört. Der sogenannte Moralunterricht ist eine Selbstbetrug, der vor dem rauhen Winde des Lebens nicht standhält. Charakterbildung muß erstrebt werden, weshalb der Einfluß der Kirche auf die Schulleute nicht geschwächt werden darf. Wir sind auch der Ansicht, daß die Vaterlandsliebe durch die Religion veredelt wird. Wer deshalb nationale Erziehung wünscht, der soll Religion in der Schule nicht ausschließen, sondern dreimal verstärken. Die Kirche ist mit ihrer jüdischen und nationalen Mission zu, sich eine Wohltat für den Staat aus, und Wachstum der Nation war stets Wachstum des Volkes. Wenn man daher den Treibund Elternhaus, Schule und Kirche auseinanderreißen will, so heißt das ein Attentat auf das Vaterland begehen. Das Christentum soll die tragende Säule in der neuen Ordnung unserer Staates werden; denn ohne Glauben hat ein Volk sich nie zu Riesenerleistungen aufschwingen lassen. Wir brauchen es umso mehr, als wir in Zukunft in allem Entfagen und laßerem Ertragen leben müssen — ohne das liebe Butterbrot und ohne den Schaum des Champagners. Deshalb, christliche Männer, heraus, christliche Weiber heraus aus der Zurückhaltung und hinein in den Kampf für das Wohl Vater und Kinder und für das Wohl des Staates! Tragt die Hader der Begeisterung hinein in das Volk, damit in der Stunde der Entscheidung ein richtiger Stimmzettel auf religiöser Basis in die Waagschale geworfen wird, welche sich dann mit Gottes Hilfe zu unseren Gunsten senken möge. Wie Gott Moses unter Bliz und Donner seine Befehle

verlautete, so sollen unter dem Bliz und Donner der christlichen Wählermassen die antichristlichen Gesetze der Zehngebeir-Hoffmann im Abgrunde verschwinden! — Redner erteilte dann das Programm der Zentrumsparade: die Religion der Steuersysteme, das gleiche Wahlrecht, die Gleichberechtigung usw., vieles alte Forderungen der Partei. Eine vernünftige Wirtschaftspolitik werde wir sorgen, da die bereits ins Unermessliche gestiegenen Lebensforderungen den Ruin in Handel und Industrie bedrohten. Dr. Müller habe erklärt, daß nur die intensivste Arbeit uns aus der heutigen Lage retten könne. Deshalb sei es unmöglich, den Achtstundentag einzuführen; mit der Sozialisierung sei es ebenso. Wir sehen also, daß die Sozialdemokratische Partei, zum ersten Male in führende Stellung berufen, versagt hat und das größte Unglück über uns gebracht hat. Wie wird es erst geworden, wenn die deutsche Beamtenschaft ihre Arbeit versagt hätte; wie wäre es gekommen, wenn die deutsche Bürgerschaft nicht versucht hätte, einer vernünftigen Entwicklung die Wege zu bahnen? Wir wollen eine demokratische Republik, ein einiges Deutsches Reich mit Bundesstaaten, freien Verfassung und mit Wahrung der Eigenart der einzelnen Volkstämme. Nicht Macht, sondern Recht ist Leitstern sein. Alle Bürger sollen zur Mitarbeit in völlig gleichem Maße berufen, Klassenherrschaft ausgeschlossen sein. Wir wollen eine Erhebung der Mittel- und Bauernstände, Schaffung eines unabhängigen Beamtenstandes, Unterstützung der Handwerker und Hilfsorg für Kriessbeschädigte und Kriegshinterbliebene, in überhaup eine gute Sozialpolitik, denn „Liebe deine Nächsten wie dich selbst“, das ist oberstes demokratisches Gesetz. — Wer solle nun in diesem Kampf der Massen führen? Denn nicht die Masse entscheide den Kampf, sondern ihre Führer. Und wie einst der Geist des toten Götterkampfes vor seine Scharen zum Siege führte, so solle auch Windthorst Geist mit uns sein und den Sieg erlangen! Wir stehen in der Marktkirche zu Hannover am Grabe unseres Führers: Andachtsvoll sagen wir: Hier haben wir eine Mann begraben. Da tönt eine Antwort aus der Gruft entgegen und ruft uns zu: Sei auch du ein Mann in dem Kampf um die irdischen Güter des Lebens!

In seinem Schlusswort kam Pfarrer Kunt auf eine Erinnerung an Windthorst zu sprechen, als dieser im Jahr 1890 in Erkenntnis der vom Sozialismus drohenden Gefahr den Volksverein für das katholische Deutschland gründete. Heute müssen wir aber über die Grenzen dieses Volksvereins hinausgehen, heute muß das ganze Deutschland ein Volksverein werden gegenüber der Sozialdemokratie. Etwas anderes vermag uns nicht mehr zu retten. Wir müssen einig sein. Der Kampf, dem wir jetzt gegenüberstehen, ist längst vorausgesehen von August Bebel, der 1894 äußerte: Wir erstreben den Atheismus; Christentum und Sozialismus stehen zu einander wie Feuer und Wasser. Sollen wir den Feindhandschlag nicht aufnehmen? Heute glaubt die Sozialdemokratie die Zeit gekommen zu handeln, heute müssen wir uns wehren. Und in das Christentum im Kampfe gegen das atheistische alte Rom in der Völkerverwandlung und gegen den Jähm der Siedabongetragen hat, wird es auch heute liegen. Darum wollen wir einig zusammenstehen auf dem Boden des Christentums: In seinem Zeichen werden wir siegen.

Die Kandidaturen in Hessen-Nassau.

Die deutsche Volkspartei

1. Dr. Nieber, Berlin-Frankfurt a. M.
2. Landwirt Krüger, Wehlar
3. Arbeitersekretär Geißler, Frankfurt a. M.
4. Stadtverordnetenvorsteher Kalle, Diebrich.
5. Frau Baffermann, Julie, Mannheim.
6. Ingenieur Bansa, Limburg.
7. Dr. Kumpf, Frankfurt a. M.
8. Dr. Geraeus, Hanau
9. Stadtverordneter Friedrich Behle, Kaufmann und Feldwirt, Homburg v. d. H.
10. Schornsteinfegermeister Franke, Frankfurt a. M.
11. Zrl. Oberlehrerin Welde, Frankfurt a. M.
12. Kreisrichter Jürgen Liders, Dillenburg.
13. Professor Dr. Koeppe, Marburg.
14. Bibliothekar Döpf, Kassel.
15. Schriftsteller Dr. Boettcher, Waldeck.

Die Deutsch-Christliche Partei

hat folgende Kandidatenliste aufgestellt:

- Bürgermeister Dr. Luppe, Frankfurt a. M.
- Oberbürgermeister Koch, Kassel.
- Professor Schädling, Marburg.
- Eine vom Frankfurter Wahlverein zu bestimmende Frau.
- Landwirt Trischmann, Oberellenbach (Kurhessen).
- Rektor Breitenstein, Wiesbaden.
- Arbeitersekretär Balzer, Frankfurt a. M.
- Fabrikant Kreuter, Hanau.
- Maurermeister Christian Müller, Kassel.
- Oberlehrer Kappes, Marburg.
- Postsekretär Beschmidt, Frankfurt a. M.
- Pfarrer Stein, Kassel.
- Kaufmann Gledemeyer, Idstein.
- Landwirt Schuster, Cubach (Nassau).
- Sanitätsrat Winkhaus, Bad Wildungen.

Die Zentrums-Partei

hat folgende Liste aufgestellt:

1. Richard Müller, Rentner, Fulda.
2. Joseph Beder, Sekretär des Zentraverbandes Arbeiter-Bauarbeiter, Weimar.
3. Frau Albert Schwarz, Mittelschullehrer, Frankfurt-M.
4. Wilh. Frank, Volksvereinssekretär, Fulda.
5. Ferdinand Müller, Pfarrer, Elz bei Limburg.
6. Frau Hobla Bontant, Wwe., Frankfurt-M.
7. Franz Vogt, Kaufmann und Landwirt, Dünfeld.
8. Wilh. Jost, Zelan u. Kreisrath, Nassau (Wien).
9. Dr. Johannes Kramer, Mediziner, Hanau.
10. Gerhard Heil, Buchdrucker, Frankfurt-M.

11. August Ebel, Barmen, Weinbau (Kreis Kirchhain).
12. Joseph Obler, Gubitz, Weinbau.
13. Franz Kuth, Amtsgeländesrat, Gubitz.
14. Georg Eifel, Barmen, Weinbau.
15. Frau Hermannsdorf, Anna Bedmann, Barmen.
Die Kandidatenlisten der übrigen Parteien werden wie noch veröffentlicht.

Die Parteien und die Nationalversammlung.

Berlin, 3. Jan. Die Kandidatenliste der Deutschen demokratischen Partei in Magdeburg-Anhalt wurde derart angeordnet, daß Staatssekretär Schiffer an erste Stelle für die Nationalversammlung tritt.

Deutsches Reich.

Die Hilfskassen für gewerbliche Unternehmungen. Beim Reichsamt für wirtschaftliche Verwaltung ist im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsamt, dem Gewerkschaftsamt für freiverdende Gewerkschaften, dem Reichsfinanzamt, welches letzteres die erforderlichen Fonds aus Reichsmitteln zur Verfügung stellen wird, eine Hilfskasse für gewerbliche Unternehmungen beim Reichswirtschaftsamt errichtet worden, der die Aufgabe obliegt, während der Uebergangswirtschaft die Wiederinbetriebsetzung gewerblicher Unternehmungen und die Beschäftigung der Arbeiterkraft zu unterstützen, und zwar durch Gewährung von Vorläufigen, Garantierung einer verlustfreien Abwicklung gewisser Geschäfte und unter Umständen auch durch Erteilung von Aufträgen. In den für ihre Tätigkeit festgesetzten allgemeinen Richtlinien ist u. a. folgendes vorgesehen worden: 1. Die Untertragungsanträge müssen auf besondern Vorbrücken bei den zuständigen Handelskammern eingereicht und von diesen begutachtet werden. Vorbrücke sind bei den Handelskammern erhältlich. 2. Die Hilfskasse bedingt sich an dem Gewinn der unterstützten Betriebe eine Beteiligung aus, die einseitig, sobald diese Gewinne wieder mehr als eine Verzinsung von 5 v. H. ergeben. 3. Die Hilfskasse wird die unterstützten Betriebe von einer besondern Treuhandsstelle prüfen und dauernd überwachen lassen. — Der Hilfskasse nur beschränkte Mittel zur Verfügung stehen, werden nur die Anträge Aussicht auf Bewilligung haben, bei denen mit verhältnismäßig geringen Summen die Beschäftigung einer möglichst großen Arbeiterzahl erreicht wird.

Italien.

Vatikan, 9. Jan. Der vatikanische Mitarbeiter der Italia hebt die politische Bedeutung der Begabung Wilsons mit dem Papste hervor. In dieser Zusammenkunft seien die von der vatikanischen Diplomatie vorbereiteten kirchlichen Fragen und politische Grundzüge zur Wahrung des künftigen Friedens mit Hilfe des Völkerbundes besprochen worden. Erzbischof Ceretti behandelte die Einzelheiten mit Bezug auf die Reorganisation Europas nach den Grundzügen von Recht und Gerechtigkeit. — Es veranlaßt, Wilson habe nach der Unterredung mit Erzbischof Ceretti es für geboten gehalten, von der Einladung des Vatikans die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens zu unterrichten und ihnen mitzuteilen, daß der Heilige Vater eine Unterredung mit Wilson gewünscht habe, um diesem die Grundlinien der vatikanischen Politik während des Krieges und den allgemeinen Standpunkt der katholischen Kirche am Vorabend des Friedensschlusses darzulegen. Keine der verbündeten Regierungen habe Einspruch gegen Wilsons Besuch erhoben; man habe ihn allgemein gebilligt, jedoch der Präsident im Voraus die Stellungnahme des Verbandes zu den religiösen Fragen und besonders hinsichtlich der künftigen Gewährung der Freiheit der Christen im Orient sowie bezüglich der Beteiligung der Kirche an den Friedensverhandlungen kannte. Die Informationsagentur gibt eine Erklärung einer mit Wilson bekannten Persönlichkeit wieder, derzufolge der Heilige Stuhl bemüht gewesen sei, von Wilson das Recht der Teilnahme eines vatikanischen Delegierten an der Friedenskonferenz zu erwirken. Der Präsident habe aber in aller Form geantwortet, daß nur die am Kriege beteiligten

Mächte auf der Konferenz vertreten sein sollten. Die verschiedenen Kirchen würden außerhalb der Konferenz durch rege und aufrichtige Werbetätigkeit am Zustandekommen des großen Friedens- und Menschheitswerkes mitarbeiten können.

Der Völkerbund.

London, 10. Jan. Daily Mail meldet: Der amerikanische Vorschlag über die Völkerliga besagt in seinen Hauptgrundzügen folgendes:

1. Der Völkerbund wird eine Arbeitsorganisation in einem kleinen Lande, wie Belgien oder Holland, haben.
2. Jede Nation wird einen Vorkämpfer vortreten, der gleichzeitig Mitglied des Kabinetts seines Landes ist und der der gleichen Partei angehört, die die Regierung bildet.
3. Die Vorkämpfer werden einen ständigen Ausschuss haben und stets im Einvernehmen mit ihren Regierungen vorgehen.
4. Es soll ferner ein Völkerbundgerichtshof geschaffen werden, der den Völkern unterstellt, aber von ihnen getrennt ist.
5. Im Falle eines Konfliktes zwischen zwei Nationen kann der Streitfall verschiedenen Gerichtshöfen unterbreitet werden: a) die beiden Streitenden können sich im gegenseitigen Einverständnis an den Obersten Gerichtshof einer jeden an ihrem Konflikt nicht beteiligten Nation wenden, b) sie können sich an den Völkerbundgerichtshof wenden, c) ein Streitfall kann dem Gerichtshof der Völker vorgelegt werden.
6. Im Falle der Weigerung irgendeiner Nation, sich an irgendeinen dieser drei Gerichtshöfe zu wenden, sollen die streitenden Nationen gezwungen werden, je einen Schiedsrichter zu wählen. Die so ernannten beiden Schiedsrichter werden einen dritten bezeichnen. Wenn diese beiden Schiedsrichter über die Wahl eines dritten nicht einig werden, wird der Gerichtshof der Völkerliga einen solchen ernennen.
7. Wenn endlich die beiden im Konflikt liegenden Nationen das Schiedsgericht nicht annehmen, wird der Völkerbund Mächte dieses Bundes bezeichnen, die den Auftrag erhalten, einen Druck auf die streitenden Nationen auszuüben.

Attentat auf Kramarsch.

Wien, 9. Jan. Auf den Ministerpräsidenten Kramarsch gab ein junger Mann im Eingang zum Empfangssaal der Stadthaus-Wagen, während Kramarsch sich im Gespräch mit einem Wäcker befand, von rückwärts einen Revolvererschuss ab, der jedoch fehl ging. Als Kramarsch sich umwandte, erhielt er einen Schuß. Eine Kugel traf ihn an der rechten Brustseite, blieb jedoch im Rückgrat stecken. Der Attentäter wurde verhaftet. Er heißt Stanislaw, ist 18 Jahre alt und in Prag geboren. Er ist Schreiber in einem Staatsbahnmagazin und Anhänger der tschechisch-sozialistischen Partei. Stanislaw erklärte, daß der Anschlag vor einigen Tagen in einer Vereinigung beschlossen worden sei, über deren Existenz er ebenso wie über den Beweggrund des Attentats, für das er sich freiwillig gemeldet haben will, jede Auskunft verweigert.

Seht die Wählerlisten ein!

Sie liegen vom 10. Januar ab auf 8 Tage im Rathause, Ems auf!

Nur diejenigen, deren Namen am Wahltag in der Liste stehen, können wählen.

Vermischte Nachrichten.

Verhaftung eines raffinierten jugendlichen Paketdiebes. Der Kriminalpolizei in Bielefeld gelang es, einen diebischen Postauswechsler festzunehmen, der beschuldigt wird, nach und nach in der Bahnpost auf der Bahn Köln-Hannover Pakete im Werte von rund 60 000 Mark unterschlagen zu haben. Die Pakete enthielten meist Schuhe, Seidenwaren und Seife. Der festgenommene ist ein 18jähriger (!) Kaufmannslehrling. Außer diesem Postauswechsler wurden eine Frau und ein Mann wegen Verdachts der Hehlerei verhaftet. In der Wohnung der Frau, bei der der jugendliche Dieb wohnte, beschlagnahmte die Kriminalpolizei neben Seidenwaren vier Schließfächer mit Schuhen, bei dem Manne einen Korb mit Schuhen (Friedensware). Wenn der Postauswechsler im Postwagen des Tages einen leeren Schließfach erwischt, füllte er diesen mit den veruntreuten Paketen und schickte dann den Korb unter einer Fictadresse nach Köln, wo die Hehlerei mit den Schuhen einen schamhaften Handel betrieben haben soll. In der unbehaltensmäßig vornehm eingerichteten Wohnung der festgenommenen Frau beschlagnahmte die Kriminalpolizei außerdem einen Geldbetrag von 26 400 Mark, die der diebische Postauswechsler der Hehlerei zur Aufbewahrung übergeben hatte.

Aus Provinz und Nachbargebieten

Der Zugverkehr ist gegenwärtig dauernden Änderungen unterworfen, sodaß die kürzlich veröffentlichten Fahrpläne schon wieder ihre Gültigkeit verloren haben. So fahren u. a. auf der Strecke Diez-Gießen der erste Frühzug und die beiden Abendzüge nicht mehr. Es empfiehlt sich daher, für alle Reisenden, sich von Fall zu Fall selbst zu informieren.

Nationaler Reiseverband (Sitz Frankfurt a. M.). Der Verband hat im abgelaufenen Jahr 1918 einen weiteren guten Aufschwung genommen. Es traten ihm bei infolge Neugründung 36 Kreisgenossenschaften, 12 An- und Verkaufsgenossenschaften, 1 Schachgenossenschaft, 4 Kredit- und 1 Dreifachgenossenschaft, insgesamt 54 Genossenschaften. Ausgeschlossen sind durch Auflösung 3 Kreditgenossenschaften. Dem Verbands gehörten am 1. Januar 1919 an: 298 Kredit-, 53 An- und Verkaufs-, 14 Wägen-, 8 Dreifach-, 3 Molkerei- und 3 sonstige Genossenschaften, zusammen 379 Genossenschaften mit rund 27 000 Mitgliedern.

Landesjugendtag, 12. Jan. Heute fand hier eine große Wahlversammlung der Demokratischen Partei statt, in der Rektor Breitenbach aus Wiesbaden die Ziele der Partei erklärte. Wir werden noch des näheren darauf zurückkommen.

Hoch, 11. Jan. Nach langjährigem Leiden starb hier Dr. v. Meißner, früher Direktor der Harburger Meißner, Lucius und Brüning, im Alter von 82 Jahren. Er war ein Bruder des Regierungspräsidenten v. Meißner in Wiesbaden.

Hannau, 12. Jan. Wegen Kohlenmangels in den städtischen Betriebspunkten muß der Betrieb der städtischen Straßenbahn bis auf weiteres gänzlich eingestellt werden.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Coblenz, 10. Jan. Oberbürgermeister Klostermann ist am 11. ds. im 45. Lebensjahre verschieden. Die Cobl. Ztg. schreibt: Der gute Mensch denkt an sich selbst zuletzt. Der Mann, um den wir jetzt trauern, hat stets an sich selbst gedacht. Ihm ist nicht viel Gutes in unseren Mauern beigemessen worden. Erst hätte er hier die Hälfte seines Augenlichtes ein; dann wurden ihm die Gattin entzogen, der Bruder, die Mutter. Ihn heugte der Verlust, aber er erdrückte ihn nicht. Er stand auf seinem Posten. Bis zuletzt. Selbst als ihm schon die tödliche Krankheit schmerzhaft packte, blieb er noch auf seinem Posten; blieb, weil für die ihm anvertraute Stadt mit dem Umsturz die allerhöchste Zeit herbeizuziehen war. So hat er sich in sich selbst erschöpft. — Donnerstagabend, als der bekannte Besitzer des „Alten Franziskaner“, Oskar Winter, sich gerade in dem Wirtschaftsraum befand und im Hinangehen begriffen war, ereilte ihn ein Herzschlag und er sank tot zu Boden.

Doch treu geblieben.

Zeitgenössischer Roman von Seffert-Klinger.
Nachdruck verboten

„Sie bleibt bei meiner Schwester, welche sich inzwischen gleichfalls verlobt hat und demnächst heiratet. Meine Schwester sowohl wie Helene werden, solange der Krieg dauert, ihre Bureaufstellen nicht aufgeben. Wir arbeiten und sparen. Neue Ausstellungen können später beschafft werden. Einweilen genügt der Altvaterhaushalt, in welchem unsere Mütter zu wirtschaften gewohnt sind. Ich freue mich unbeschreiblich auf dieses kameradschaftliche Zusammenleben mit meiner Frau, deren Mutter ich hochschätze und gleichfalls herzlich lieb gewonnen habe.“
„Diese Einnahme ist ruhend.“, spottete Erwin, „hoffentlich nimmt das Beispiel, und Sie haben die Rechnung nicht ohne den Wirt gemacht! Ich meine, ein Mädchen verheiratet sich doch, um aus der unnatürlichen Stellung einer Bureaugehilfin erlöst zu werden und im Haushalt ihres Mannes zu wachen. Das Erwerben war ja wohl von alters her Sache der Männer.“
„Sie vergessen, Endhoff, daß wir in außergewöhnlicher, in Kriegszeit leben. Ein Ehepaar, welches kein Vermögen besitzt und nicht von vornherein auf die Annehmlichkeiten des Lebens verzichten will, muß gemeinsam arbeiten und schaffen, bis — es sich von selbst für die Frau verbietet, außerhalb des Hauses einer Beschäftigung nachzugehen. Diese Fragen sind zwischen Helene und mir bereits weitgehend erörtert worden, und sie hegt, dessen dürfen Sie versichert sein, dieselben Anschauungen, wie ich. Auch sie freut sich auf solch ein segensreiches Zusammenwirken unseres Fleißes und unserer Kraft. Das bindende Wort ist noch nicht gesprochen, aber daß wir ohne einander nicht mehr leben können, ist uns beiden längst klar geworden.“
Eine ironische Erwiderung schwebte auf Erwins Lippen. Doch da läutete das Telefon, welches ihn zum Eheziel.
Daß Helene so schnell Trost in einem neuen Glück suchen

würde, hatte er denn doch nicht erwartet. Es wurmte ihn, daß sie ihm nicht nachseufzte, sich selbst wegen nicht in Gram verzehrte. Es hätte seinem Selbstgefühl außerordentlich geschmeichelt, sich trotz aller Vorkommnisse und Hindernisse geliebt zu wissen. In seinem ersten Grimm wünschte er nicht gerade des Himmels Segen auf das zukünftige Brautpaar herab.

Doch auch diese gehässige Stimmung verflog. Als Erwin einige Stunden später seiner Wohnung zuschritt, wich alles Gewesene weit zurück. Von seinem Chef hatte er sich bereits verabschiedet, der Tante und den Possidischen Damen wollte er schriftlich Lebewohl sagen. Er verließ nicht die Eltern, dort, wo er sich so tief in Lügen verstrickt hatte, noch einmal persönlich vorzusprechen.

In der Stille seines Zimmers kam der volle Ernst dessen, was ihm nun bevorstand, über ihn. Daß er berufen war, mitzuwirken am Sieg und Ruhm des Vaterlandes begeisterte ihn.

Er war jung. Auch das Abwechslungsreiche, Abenteuerliche des Soldatenlebens lockte.

Spät am Abend schrieb er sein Schuldbekenntnis nieder. Es wurde eine vollständige Beichte seiner Verfehlungen.

Er sandte das Schriftstück an einen befreundeten Rechtsanwalt. Nur wenn er fiel, sollte es in die Hände von Fräulein Heinrot gelangen.

Und dann wurde ihm leicht ums Herz. Wusste er doch, daß er gutmachen würde, was er in jugendlichem Leichtsinne ver schuldet!

So gut, wie in den letzten beiden Nächten, die ihm noch in der Heimat blieben, hatte er lange nicht geschlafen.

Zum Abschiednehmen von Freunden und Bekannten hatte er keine Zeit mehr gefunden. Ihm war es lieb so. Ein neuer Mensch schien an diesem Morgen mit ihm aufgestanden zu sein. Seine Augen leuchteten. In ernster, gehobener Stimmung verließ er seine Wohnung, um seine Person in den Dienst des Vaterlandes zu stellen.

21. Kapitel.

Nach langen, häßlichen Wintertagen war es endlich Frühling geworden. Mild schien die Sonne und lockte die lieblichen, duftenden Frühlingsboten, einen nach dem anderen, aus der nassen Erde. Nun standen sie, in lichten, herrlichen Farben prangend, da, badeten die Köpfechen im Sonnenschein und wiegten sich im Winde. Mit bezaubernden Düften erfüllten sie die Luft und weckten von neuem die Sehnsucht nach Glück im Menschenherzen. Aniela schritt von einem Beet zum anderen. Zwingen wollte sie sich zum Frohsinn, doch es gelang ihr nicht. Die Welt war so wunderbar schön, aber in dem jungen Mädchen weckte all das Singen und Klingen ringsum keinen Widerhall.

Ihr Glück war verfunken. Ihre Gedanken weilten bei Heinrich. Sie konnte sich nicht losreißen von den Erinnerungen, die sie umstritten.

Es war ihre Absicht gewesen, sich beim Roten Kreuz als Pflegerin zu melden. Doch Fräulein Heinrot hatte so herzlich gebeten, sie nicht zu verlassen, daß Aniela nachgeben mußte.

Das alte Fräulein war, seitdem auch Erwin in den Krieg gezogen, recht elend. Alle Augenblicke fehlte ihr etwas, Gicht, Rheuma machten sich geltend, ein altes Herzleiden, von welchem sie früher kaum etwas bemerkt, belästigte sie jetzt oft.

Aniela bemühte sich herzlich, die alte Dame aufzuheitern, sie von all ihrem Leid abzulenkten. Ohne Anielas liebe Gesellschaft, ohne ihren ermunternden Einfluß wäre Fräulein Heinrot wohl zusammengebrochen.

Darum blieb Aniela, so schwer es ihr wurde. Ihre jüngere Schwester hatte inzwischen eine stille Hochzeit gehalten. Sie war mit ihrem Manne hinausgezogen in dessen Garnison. Er war nicht selbstständig, hatte sich aber seiner Tätigkeit wegen bereits Auszeichnungen erworben.

(Fortsetzung folgt.)

Was will die Deutsche Volkspartei? Gerechte Verteilung der Steuernlast.

Die Kriegsgewinne sollen erfasst und Vermögensabgaben gefordert werden, aber so, daß durch dieses notwendige Eingreifen die Lebensbedingungen und der Wagemut der freien Wirtschaft nicht unterbunden werden. Wir fordern eine gerecht gestaffelte Reichseinkommen- und Erbschaftsteuer, Monopole zur Stärkung der Staatfinanzen, Reichseisenbahnen. Wir verlangen den schnellen Abbau der bureaukratischen Zwangswirtschaft.

Bürger und Bürgerinnen — wählt Deutsche Volkspartei!

Es gehen uns vielfach Beschwerden wegen verspäteter Richteintreffens der Zeitung zu. Diese unregelmäßige Bestellung der Zeitungen liegt an den jetzigen beschränkten Verkehrsverhältnissen. Die Auslieferung unseres Blattes erfolgt regelmäßig. Wir hoffen, daß bald wieder geregelte Zustellung erfolgen kann. Geschäftsstelle der Zeitung.

Das Amtliche Kreisblatt fällt heute aus.

Lebensmittelverteilung.

Verkaufstag: Mittwoch den 15. Januar 1919.
Verkäufer Richard Steuber.
Magermilch in Dosen, Milchpulver und Mageran an Kinder bis zu 3 Jahren gegen Vorlage der Milchkarte Zwiebeln sind noch im Konsum-Verein Emserbütte zu haben. (Kartenschein)
Butter wird erst Ende der Woche wieder ausgegeben. Feinspeise ist im Verbrauchsmittelamt zu haben.
Bad Ems, den 13. Januar 1919.

Verbrauchsmittel-Amt.

Bekanntmachung.

betr. die Entrichtung der Umsatzsteuer für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1918, und der Umsatzsteuer auf Zugusgegenstände für den Monat Dezember 1918.
Auf Grund des § 51 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen in Diez aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte in der Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1918 (für Zugusgegenstände im Monat Dezember 1918) bis spätestens Ende Januar 1919 dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen, oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Züchterei und des Gartenbaues, sowie der Verwerksbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebs im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Angehörige freier Berufe (Klerik, Rechtsanwält, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer nach dem Satz 5 v. T. sind diejenigen Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 Mark beträgt; sie sind daher zur Einreichung einer Erklärung nicht verpflichtet. Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch genommene Steuerfreiheit ist jedoch erwünscht.

Für die Lieferung von Zugusgegenständen besteht keine derartige Befreiung.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mark nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum Zwofachen Betrags der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mark bis 100 000 Mark ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung einer schriftlichen Erklärung sind Vorbrücke zu verwenden. Sie können bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramt kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vorbrücke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnisse des Umsatzsteueramts, die Veranlagung auf Grund schätzungsweise Ermittlung vorzunehmen.

Bzüglich der Zugusgegenstände wird diese Aufforderung nicht allmonatlich wiederholt, die Steuerpflichtigen haben vielmehr künftig die Erklärung über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte jeden Monat im Laufe des ihm folgenden Kalendermonats unaufgefordert abzugeben.

Diez, den 23. Dezember 1918.

Der Magistrat.
(Umsatzsteueramt.)

Todes-Anzeige.

Nach schwerem, eintägigem Leiden verschied gestern abend 7 Uhr im Krankenhause zu Diez meine liebe Frau, unsere gute Tochter, Schwiegertochter und Schwester

Frau Wilhelm Thielmann

geb. Heimann

im Alter von 22 Jahren.

Der trauernde Gatte **Wilhelm Thielmann,**
Familie Thielmann,
Familie Heimann.

Freiendiez, Lohrheim, den 12. Januar 1919.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 14. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner innigstgeliebten Frau, unserer treusorgenden Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Hermine Schwarzbach

sagen wir allen, besonders für die zahlreichen Kranzspenden und den Herren Trägern unsern herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:

H. Schwarzbach u. Kinder,
Familie Willi Linkenbach.

Bad Ems, den 13. Januar 1919.

Kein Bruderzwist im Bürgertum!

Der Aufruf „Achtung, Wähler!“ in Nr. 9 dieser Zeitung unterzieht die neuen Parteien für die Nationalversammlung einer Kritik, die nicht unbedenklich bleiben kann. Es muß darauf hingewiesen werden, daß es sich bei den gebildeten Organisationspartei, besonders auch bei der Deutschen Volkspartei, nicht nur um neue Namen handelt; nein auch die Grundzüge sind — entsprechend der Umbildung unseres Staatswesens — notwendigerweise andere geworden. Auch sie beherzigen die Gedanken der Erweiterung der Volksrechte in Bezug auf die Gestaltung der Regierung. Die Kandidatenliste, auf der Männer aus den verschiedensten bürgerlichen Berufen — darunter u. a. ein Arbeitersekretär — bezeichnet sind, bezeugt das.

Die Deutsche Volkspartei in unserem Kreise kämpft auch nicht gegen andere bürgerliche Parteien, sondern ist lediglich beherzigt von dem Gedanken, der Sozialdemokratie, die in ihrer Gesamtheit noch keineswegs zu positiver Arbeit reif ist, Abbruch zu tun und Ordnung und ruhigen Fortschritt herbeizuführen. Denn einen Heberabschlus können wir, wenn wir nicht ganz in den Abgrund kommen wollen, nicht brauchen. Unser politisches und wirtschaftliches Leben muß mit Vorsicht und Mäßigung geleitet werden, um sich in dieser drohenden Zeit behaupten zu können. Deshalb soll das Bürgertum, in dem die besten Kräfte des Volkes enthalten sind, zusammenstehen und sich nicht durch kleinliche Mißverständnisse entzweiten. So rufen auch die Redner der gestrigen beiden Wahlversammlungen in rein sachlicher Weise zum Zusammenschluß des Bürgertums auf. Jeder, der diesen Grundsatz nicht beachtet, leistet dem Sozialismus Vorschub und verfehlt nicht die große Forderung des Augenblicks.

Bad Ems, den 13. Januar 1919.

Ein bürgerlicher Wähler.

Bekanntmachung.

Der Verkehr im Stadtwald Hain ist militärischerseits untersagt worden. Von und nach Dransfeld darf nur der Weg über die große Lindemalke benutzt werden.

Diez, den 7. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Gesehen und genehmigt:
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises
A. Graignic, Rittmeister.

Bekanntmachung.

Es wird wiederholt gebeten, alle Lieferungen und Leistungen für die Befugung sofort unter Vorlage des Requisitionsscheines bei uns anzumelden bezw. Rechnung einzureichen.

Diez, den 7. Januar 1919.

Der Magistrat.

Gesehen und genehmigt:
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises
gez. Graignic, Rittmeister.

Wer erteilt Unterricht in Theorie und Harmonielehre?

Gef. Angeb. u. M. 300 a. Ges. (488)

Wer erteilt italienischen Unterricht?

Angebote u. M. 300 a. Ges. (488)

Zwei 10—12 Wochen
alte

Schweine

zu kaufen gesucht. (486)

Hotel Dranien, Diez

Ein tüchtiges, zuverlässiges

Mädchen,

perfekte Köchin

in sämtlichen Hausarbeiten

bewandert, per 15. März

gefragt. (484)

Otto Meyer, Diez.

Marktplatz 8.

Todes - Anzeige.

Nach kurzem mit großer Geduld ertragenem Leiden starb plötzlich Samstag morgen meine innigstgeliebte Gattin, unsere treu sorgende Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin, Cusine u. Tante

Frau Fina Menninger

geb. Groß

im Alter von 27 Jahren.

In tiefstem Schmerz:

Familie Wilhelm Menninger und
Familie David Groß u. Angehörige.

Bad Ems, den 13. Januar 1919.

Die Beerdigung findet Dienstag mittags 1 Uhr (neue Zeit) vom Trauerhause, Schulstraße 18 aus statt. (487)

Holzversteigerung.

Am Donnerstag, den 16. d. Mts., vormittags 10 Uhr (neue Zeit) werden in dem Gräflichen Fräuleinwalde, Forstort Schillingwald versteigert:

110 Rm. Buchenküppel

5000 Rm. Buchen Wellen.

Raffau, den 8. Januar 1919.

Gräfllich von der Groeben'sche Rentei:

Hartmann, Rentmeister.

Die Abhaltung der Holzversteigerung ist von der Militärverwaltung genehmigt. (488)

Aus dem Heeresdienst entlassen!

halte ich wieder Sprechstunden von 10—12 Uhr vorm. und 3—5 Uhr nachm., Sonntags 9—11 Uhr vorm.

Dr. Evershelm, Augenarzt.

427) Coblenz, Kurfürstenstr. 15, nahe der Festhalle.

Waschmaschine

zu verkaufen
Brandackerstr. 31, Ems.

Haus

in Ems an der Hauptstraße gelegen, zu kaufen gesucht. Offerte mit Preisangabe unt. J. 280 an die Geschäftsstelle d. Stg. (458)

Mädchen

zum baldigen Eintritt gesucht.
Gef. Angeb. u. M. 300 a. Ges. (481)

Römerstraße 15

Gesucht auf sofort ein tüchtiges

Mädchen.

(Lohn 40 Mark) (485)

Mäheres Geschäftsstelle.

Metallbetten

an Privat. Katalog frei.

Holzrahmenmatt., Kinderbetten.

Eisenmattfabrik Euhl i. Thür. (488)